

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**  
**COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/202800]

**20. MAI 2021 — Erlass der Regierung zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise  
im Beschäftigungsbereich (III)**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler, Artikel 12 § 1 Nummer 7 und § 3 Absatz 1;

Aufgrund des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 3 Absatz 2 Nummer 1, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absatz 2 Nummer 2, Artikel 6 Absatz 2, Artikel 7 Absatz 2, Artikel 8 Absatz 3 Nummer 3, Artikel 13.1, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, Artikel 20, Artikel 43.2 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 27. April 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 26. April 2021, Artikel 43.3, eingefügt durch das Dekret vom 27. April 2020, und Artikel 43.5 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 27. April 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 26. April 2021;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. Dezember 2009 zur Ausführung des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. November 2018 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen im Rahmen der AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 1. Oktober 2020 zur Verlängerung des in Artikel 43.5 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung erwähnten Zeitraums;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 11. Mai 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 12. Mai 2021;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die Föderalregierung seit dem 13. März 2020 im Kontext der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise außerordentliche Maßnahmen ergriffen hat; dass diese Maßnahmen weitreichende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben haben, die nach wie vor flächendeckend spürbar sind, darunter auch in den Einrichtungen, Organisationen und Unternehmen auf dem deutschen Sprachgebiet; dass die Krise und ihre Folgen ganz erhebliche negative Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation haben; dass einige Aktivitäten der besagten Organisationen, Einrichtungen und Unternehmen aufgrund der Krise und ihrer Folgen zurzeit immer noch teilweise stark eingeschränkt sind; dass dies womöglich weiterhin eine Steigerung der Arbeitslosigkeit innerhalb der besagten Organisationen, Einrichtungen und Unternehmen zur Folge haben könnte; dass es dringend notwendig scheint, die sich möglicherweise daraus ergebende Arbeitslosigkeit weiterhin einzudämmen; dass die aufgrund dieses Erlasses vorgesehene Verlängerung der ergriffenen Maßnahmen als das für die Erreichung dieser Zielsetzung angemessenste Mittel zu sein scheint;

In der Erwägung, dass die Notwendigkeit besteht, eine bestehende Diskriminierung gegenüber den teilzeitschulpflichtigen Jugendlichen, die insbesondere Opfer des größten prozentualen Anstiegs der Arbeitslosenzahlen im Jahr 2020 waren, zu beseitigen und auch dieser Zielgruppe zu ermöglichen, dass der Arbeitgeber bei Übernahme in ein Arbeitsverhältnis im Anschluss an eine Lehre einen vorteilhafteren Zuschuss erhält;

In der Erwägung, dass die Regierung die Notwendigkeit einer Verlängerung der erhöhten Zuschüsse um weitere sechs Monate darin sieht, dass die Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise nach wie vor die Betriebe, die Behörden und Bürger in den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets im Griff hält und weiterhin dafür gesorgt werden muss, dass sowohl die Betriebe als auch die AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten alldem nicht zum Opfer fallen, dass den AktiF (PLUS)-Berechtigten ein sicheres Beschäftigungsverhältnis ermöglicht bleiben soll und weiterhin Anreize zur Einstellung dieses Zielpublikums notwendig sind;

In der Erwägung, dass demnach unter diesen Umständen eine Verlängerung der erhöhten Zuschüsse um weitere sechs Monate, das heißt bis zum 31. Dezember 2021 einschließlic, folgerichtig ist;

In der Erwägung, dass die Regierung die Notwendigkeit einer Verlängerung der Möglichkeit der Übernahme beim selben Arbeitgeber infolge einer Ausbildungsmaßnahme innerhalb von sechs Monaten anstelle einer nahtlosen Übernahme darin sieht, dass weiterhin dafür gesorgt werden muss, dass sowohl die Betriebe als auch die ausgebildeten AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten der anhaltenden Krise nicht zum Opfer fallen und eine Übernahme in ein sicheres Beschäftigungsverhältnis ermöglicht bleiben soll;

In der Erwägung, dass demnach unter diesen Umständen eine Verlängerung des Zeitraums bis zum 30. November 2021 einschließlic, folgerichtig ist;

In der Erwägung, dass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses aus vorstehenden Gründen keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - In Artikel 20.1 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 10. Dezember 2009 zur Ausführung des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 14. Mai 2020, wird zwischen die Wortfolgen "für das Jahr 2020" und "um drei Monate" die Wortfolge "und für das Jahr 2021" eingefügt.

**Art. 2** - In Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 10. September 2020, wird folgende Nummer 4 hinzugefügt:

"4. teilzeitschulpflichtige Personen, insofern sie ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben und innerhalb der letzten 20 Tage eine der folgenden Ausbildungen begonnen haben:

a) die in Kapitel XI.I des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe erwähnte Anlehre;

b) die in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnte mittelständische Lehre;

c) die im Gesetz vom 19. Juli 1983 über die Industrielehre erwähnte Industrielehre;

d) die in Titel IV Kapitel X des Programmgesetzes vom 2. August 2002 erwähnte Ausbildung im Rahmen eines Berufseinarbeitungsvertrags.“

**Art. 3** - In Artikel 54.2 Absatz 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 14. Mai 2020 und abgeändert durch den Erlass vom 26. November 2020, wird die Wortfolge "30. Juni 2021" ersetzt durch die Wortfolge "31. Dezember 2021".

**Art. 4** - In Artikel 54.3 Absatz 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 14. Mai 2020 und abgeändert durch den Erlass vom 26. November 2020, wird die Wortfolge "30. Juni 2021" ersetzt durch die Wortfolge "31. Dezember 2021".

**Art. 5** - In Artikel 54.4 Absatz 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 14. Mai 2020 und abgeändert durch den Erlass vom 26. November 2020, wird die Wortfolge "30. Juni 2021" ersetzt durch die Wortfolge "31. Dezember 2021".

**Art. 6** - In Kapitel 6.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 14. Mai 2020, wird folgender Artikel 54.6 eingefügt:

*"Art. 54.6*

Der Minister kann bis zum 31. Dezember 2021 die in Artikel 29 Nummer 2 und in Artikel 31 erwähnten Fristen von sechs Monaten um weitere sechs Monate verlängern, insofern der Antragsteller diese Verlängerung vor Ablauf der ursprünglichen Frist von sechs Monaten schriftlich beantragt.“

**Art. 7** - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 26. November 2020, wird folgender Artikel 67.1 eingefügt:

*"Art. 67.1 - Übergangsbestimmung*

Insofern die in Artikel 2 Nummer 4 vorgesehene Ausbildungsmaßnahme frühestens am 30. Juni 2021 endet, ist Artikel 2 ebenfalls anwendbar auf Personen, die vor dem 1. Januar 2019 gemäß Artikel 67 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung die dort vorgesehenen Bedingungen erfüllen, sowie auf Personen, die die dort vorgesehenen Bedingungen zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 30. Juni 2021 erfüllen.

Für die Anwendung von Absatz 1 und in Abweichung von den Artikeln 12 und 13 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung müssen die in Absatz 1 erwähnten Personen am Tag der Übernahme ins Arbeitsverhältnis beim selben Arbeitgeber in Besitz der Bescheinigung sein und spätestens am 1. November 2021.“

**Art. 8** - Artikel 2.2 des Erlasses der Regierung vom 22. November 2018 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen im Rahmen der AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 26. November 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird die Wortfolge "30. Juni 2021" ersetzt durch die Wortfolge "31. Dezember 2021";

2. in Absatz 2 wird die Wortfolge "1. Juli 2021" ersetzt durch die Wortfolge "1. Januar 2022".

**Art. 9** - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 1. Oktober 2020 zur Verlängerung des in Artikel 43.5 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung erwähnten Zeitraums wird wie folgt ersetzt:

*"Artikel 1* - Der in Artikel 43.5 Absatz 1 des Dekretes vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung erwähnte Zeitraum, in dem die Ausbildungsmaßnahme endet, wird verlängert und endet am 30. November 2021.“

**Art. 10** - Gemäß Artikel 43.7 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung wird der vorliegende Erlass unmittelbar nach seiner Verabschiedung dem Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

**Art. 11** - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft, mit Ausnahme:

1. der Artikel 6 und 7, die mit Wirkung vom 1. Januar 2019 in Kraft treten;

2. des Artikels 9, der mit Wirkung vom 19. April 2021 in Kraft tritt.

**Art. 12** - Der Minister für Beschäftigung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 20. Mai 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

I. WEYKMANS

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2021/202800]

**20 MAI 2021. — Arrêté du Gouvernement visant à atténuer les répercussions de la crise provoquée par le coronavirus sur l'emploi (III)**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées, l'article 12, § 1<sup>er</sup>, 7<sup>o</sup>, et § 3, alinéa 1<sup>er</sup>;

Vu le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, l'article 3, alinéa 2, 1<sup>o</sup>, l'article 4, alinéa 3, l'article 5, alinéa 2, 2<sup>o</sup>, l'article 6, alinéa 2, l'article 7, alinéa 2, l'article 8, alinéa 3, 3<sup>o</sup>, l'article 13.1, inséré par le décret du 26 avril 2021, l'article 20, l'article 43.2, alinéa 2, inséré par le décret du 27 avril 2020 et modifié par le décret du 26 avril 2021, l'article 43.3, inséré par le décret du 27 avril 2020, et l'article 43.5, alinéa 2, inséré par le décret du 27 avril 2020 et modifié par le décret du 26 avril 2021;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 10 décembre 2009 portant exécution du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 novembre 2018 fixant la dotation de base et les dotations supplémentaires dans le cadre des mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 1<sup>er</sup> octobre 2020 portant prolongation de la période mentionnée à l'article 43.5 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 11 mai 2021;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 12 mai 2021;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que le Gouvernement fédéral a pris, depuis le 13 mars 2020, des mesures exceptionnelles dans le contexte de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19); que ces mesures ont une incidence considérable sur la vie sociale, incidence qui reste largement visible, y compris au niveau des institutions, organisations et entreprises en région de langue allemande; que la crise et ses conséquences ont des incidences négatives considérables sur la situation économique; que certaines activités des institutions, organisations et entreprises susvisées sont encore et toujours limitées, parfois fortement, en raison de la crise et de ses suites; que cela pourrait peut-être même conduire à une nouvelle augmentation du chômage au sein de ces organisations, institutions et entreprises; qu'il semble nécessaire et urgent de continuer à contenir le chômage qui en résulterait; que la prolongation des mesures prises, prévue par le présent arrêté, semble être le moyen le plus approprié pour atteindre cet objectif;

Considérant qu'il est nécessaire de contrer la discrimination existante à l'égard des jeunes soumis à l'obligation scolaire à temps partiel, qui ont été particulièrement victimes de l'augmentation des chiffres du chômage en 2020, et de permettre également pour ce groupe cible que l'employeur, lors de la reprise dans une relation de travail à l'issue d'un apprentissage, bénéficie d'une subvention plus favorable;

Considérant que le Gouvernement voit, dans le fait que la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19) continue à frapper les entreprises, les autorités et les citoyens dans les communes de la région de langue allemande, la nécessité de prolonger de six mois supplémentaires les subventions majorées et qu'il faut continuer à veiller à ce que tant les entreprises que les bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS n'en soient pas les victimes, que lesdits bénéficiaires doivent pouvoir avoir une relation de travail sûre et que des incitants à l'embauche de ce public cible restent nécessaires;

Considérant que, dans ces conditions, il est logique de prolonger les subventions majorées pour six mois supplémentaires, soit jusqu'au 31 décembre 2021 inclus;

Considérant que le Gouvernement considère qu'il est nécessaire de prolonger la possibilité de reprise par le même employeur à l'issue d'une mesure de formation dans un délai de six mois au lieu d'une reprise immédiate, qu'il convient de s'assurer que tant les entreprises que les bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS formés ne soient pas les victimes de cette crise qui persiste et que la possibilité d'une reprise dans une relation de travail sûre soit préservée;

Considérant que, dans ces conditions, il convient de prolonger la période jusqu'au 30 novembre 2021 inclus;

Considérant que, pour toutes ces raisons, l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** - Dans l'article 20.1, alinéa 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 10 décembre 2009 portant exécution du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2020, les mots « pour l'année 2020 » sont remplacés par les mots « pour les années 2020 et 2021 ».

**Art. 2.** - L'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 2020, est complété par un 4<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 4<sup>o</sup> les personnes soumises à l'obligation scolaire à temps partiel dans la mesure où elles ont leur domicile en région de langue allemande et qu'elles ont, dans les vingt derniers jours, commencé l'une des formations suivantes :

a) la formation élémentaire mentionnée au chapitre XII.1 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 4 juin 2009 portant établissement des conditions de formation pour les apprentis des classes moyennes et pour les entreprises de formation;

b) l'apprentissage mentionné à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME;

c) l'apprentissage industriel mentionné dans la loi du 19 juillet 1983 relative à l'apprentissage industriel;

d) la formation dans le cadre de la convention d'immersion professionnelle mentionnée au titre IV, chapitre X, de la loi-programme du 2 août 2002. »

**Art. 3.** - Dans l'article 54.2, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 14 mai 2020 et modifié par l'arrêté du 26 novembre 2020, les mots « 30 juin 2021 » sont remplacés par les mots « 31 décembre 2021 ».

**Art. 4.** - Dans l'article 54.3, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 14 mai 2020 et modifié par l'arrêté du 26 novembre 2020, les mots « 30 juin 2021 » sont remplacés par les mots « 31 décembre 2021 ».

**Art. 5.** - Dans l'article 54.4, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 14 mai 2020 et modifié par l'arrêté du 26 novembre 2020, les mots « 30 juin 2021 » sont remplacés par les mots « 31 décembre 2021 ».

**Art. 6.** - Dans le chapitre 6.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 14 mai 2020, il est inséré un article 54.6 rédigé comme suit :

« Art. 54.6

Jusqu'au 31 décembre 2021, le ministre peut prolonger les délais mentionnés à l'article 29, 2<sup>o</sup>, et à l'article 31 de six mois supplémentaires dans la mesure où le demandeur introduit par écrit une demande en ce sens avant l'expiration du délai initial de six mois. »

**Art. 7.** - Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par le décret du 26 novembre 2020, il est inséré un article 67.1 rédigé comme suit :

« Art. 67.1 - *Disposition transitoire*

Étant donné que les mesures de formation prévues à l'article 2, 4<sup>o</sup>, prennent fin au plus tôt le 30 juin 2021, l'article 2 s'applique également aux personnes qui, avant le 1<sup>er</sup> janvier 2019 - conformément à l'article 67 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi - remplissent les conditions y prévues, ainsi qu'aux personnes qui remplissent les conditions y prévues entre le 1<sup>er</sup> janvier 2019 et le 30 juin 2021.

Pour l'application de l'alinéa 1<sup>er</sup> et par dérogation aux articles 12 et 13 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, les personnes mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup> doivent être en possession de l'attestation le jour de la reprise dans une relation de travail auprès du même employeur et au plus tard le 1<sup>er</sup> novembre 2021. »

**Art. 8.** - À l'article 2.2 de l'arrêté du Gouvernement du 22 novembre 2018 fixant la dotation de base et les dotations supplémentaires dans le cadre des mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 26 novembre 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « 30 juin 2021 » sont remplacés par les mots « 31 décembre 2021 »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, les mots « 1<sup>er</sup> juillet 2021 » sont remplacés par les mots « 1<sup>er</sup> janvier 2022 ».

**Art. 9.** - L'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement du 1<sup>er</sup> octobre 2020 portant prolongation de la période mentionnée à l'article 43.5 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi est remplacé par ce qui suit : « Article 1<sup>er</sup> - La période au cours de laquelle la mesure de formation prend fin, mentionnée à l'article 43.5, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, est prolongée et se termine le 30 novembre 2021. »

**Art. 10.** - Conformément à l'article 43.7 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, le présent arrêté est transmis au président du Parlement de la Communauté germanophone immédiatement après son adoption.

**Art. 11.** - Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption, à l'exception :

1<sup>o</sup> des articles 6 et 7, qui produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> janvier 2019;

2<sup>o</sup> de l'article 9, qui produit ses effets le 19 avril 2021.

**Art. 12.** - Le Ministre de l'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 20 mai 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports,

de l'Emploi et des Médias

I. WEYKMANS

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/202800]

**20 MEI 2021. — Besluit van de Regering tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de werkgelegenheid (III)**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus, artikel 12, § 1, 7<sup>o</sup>, en § 3, eerste lid;

Gelet op het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, artikel 3, tweede lid, 1<sup>o</sup>, artikel 4, derde lid, artikel 5, tweede lid, 2<sup>o</sup>, artikel 6, tweede lid, artikel 7, tweede lid, artikel 8, derde lid, 3<sup>o</sup>, artikel 13.1, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, artikel 20, artikel 43.2, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 27 april 2020 en gewijzigd bij het decreet van 26 april 2021, artikel 43.3, ingevoegd bij het decreet van 27 april 2020, en artikel 43.5, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 27 april 2020 en gewijzigd bij het decreet van 26 april 2021;

Gelet op het besluit van de Regering van 10 december 2009 tot uitvoering van het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van de uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 november 2018 tot vaststelling van de basisdotatie en de bijkomende dotaties in het kader van de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid;

Gelet op het besluit van de Regering van 1 oktober 2020 tot verlenging van de periode vermeld in artikel 43.5 van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF Plus-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 11 mei 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 12 mei 2021;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gewettigd door het feit dat de federale regering sinds 13 maart 2020 buitengewone maatregelen heeft genomen naar aanleiding van de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan; dat die maatregelen verstrekende gevolgen hebben voor het maatschappelijk leven die nog altijd overal voelbaar zijn, onder meer ook bij de instellingen, organisaties en ondernemingen in het Duitse taalgebied; dat de crisis en de gevolgen van de crisis bijzonder negatieve uitwerkingen hebben op de hele economische situatie; dat sommige activiteiten van de bedoelde organisaties, instellingen en ondernemingen nog altijd - en soms nog heel sterk - te lijden hebben onder de crisis en de gevolgen van de crisis; dat dit nog altijd tot een stijging van de werkloosheid in de genoemde organisaties, instellingen en ondernemingen kan leiden; dat het nog altijd dringend noodzakelijk lijkt de daaruit voortvloeiende werkloosheid in te dijken; dat de verlenging van de maatregelen die in dat besluit zijn vervat nog altijd de beste manier lijkt om dat doel te bereiken;

Overwegende dat een einde moet worden gemaakt aan de bestaande discriminatie van de deeltijds leerplichtige jongeren die in 2020 de grootste procentuele stijging van de werkloosheid te verwerken kregen en dat ook voor deze doelgroep de mogelijkheid moet worden geschapen dat de werkgever - als hij hen na een leertijd in dienst neemt - een gunstigere subsidie ontvangt;

Overwegende dat de Regering het noodzakelijk acht de toekenning van de verhoogde subsidies nog eens met zes maanden te verlengen, gelet op het feit dat de bedrijven, instanties en de burgers in de gemeenten van de Duitstalige Gemeenschap nog altijd te lijden hebben onder de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan en gelet op het feit dat er dus nog altijd voor gezorgd moet worden dat noch de bedrijven, noch de AktiF-gerechtigden of AktiF PLUS-gerechtigden daar het slachtoffer van worden; dat een overname binnen een veilige arbeidsverhouding voor die doelgroep mogelijk moet blijven en stimulansen voor de indienstneming van die doelgroep noodzakelijk blijven;

Overwegende dat het in die omstandigheden een logische gevolgtrekking is om de verhoogde subsidies nog eens met zes maanden - dit is tot en met 31 december 2021 - te verlengen;

Overwegende dat de Regering de verlenging van de mogelijkheid om na een opleidingsmaatregel bij dezelfde werkgever een overname binnen zes maanden in plaats van een naadloze overname te krijgen noodzakelijk acht, omdat er nog altijd op gelet moet worden dat noch de ondernemingen, noch de opgeleide AktiF-gerechtigden of AktiF PLUS-gerechtigden het slachtoffer van de aanhoudende crisis worden en omdat een overname binnen een veilige arbeidsverhouding mogelijk moet blijven;

Overwegende dat het in die omstandigheden dus een logische gevolgtrekking is om de duur tot en met 30 november 2021 te verlengen;

Overwegende dat dit besluit bijgevolg zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** - In artikel 20.1, eerste lid, van het besluit van de Regering van 10 december 2009 tot uitvoering van het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van de uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 14 mei 2020, worden de woorden "voor het jaar 2020" vervangen door de woorden "voor het jaar 2020 en voor het jaar 2021".

**Art. 2.** - Artikel 2 van het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 10 september 2020, wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° personen die onder de deeltijdse leerplicht vallen, voor zover ze hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben en in de laatste 20 dagen één van de volgende opleidingen hebben aangevat:

a) de aanloopleertijd vermeld in hoofdstuk XI.I van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 4 juni 2009 betreffende de vaststelling van de opleidingsvoorwaarden voor middenstandsleerlingen en opleidingsondernemingen;

b) de middenstandsleertijd bedoeld in artikel 7 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's;

c) de industriële leertijd vermeld in de wet van 19 juli 1983 op het industrieel leerlingwezen;

d) de opleiding in het kader van een beroepsinlevingsovereenkomst vermeld in titel IV, hoofdstuk X, van de programmawet van 2 augustus 2002."

**Art. 3.** - In artikel 54.2, eerste lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 14 mei 2020 en gewijzigd bij het besluit van 26 november 2020, worden de woorden "30 juni 2021" vervangen door de woorden "31 december 2021".

**Art. 4.** - In artikel 54.3, eerste lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 14 mei 2020 en gewijzigd bij het besluit van 26 november 2020, worden de woorden "30 juni 2021" vervangen door de woorden "31 december 2021".

**Art. 5.** - In artikel 54.4, eerste lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 14 mei 2020 en gewijzigd bij het besluit van 26 november 2020, worden de woorden "30 juni 2021" vervangen door de woorden "31 december 2021".

**Art. 6.** - In hoofdstuk 6.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 14 mei 2020, wordt een artikel 54.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 54.6

De Minister kan de in artikel 29, 2°, en in artikel 31 vermelde termijnen van zes maanden tot en met 31 december 2021 met nog eens zes maanden verlengen, voor zover de aanvrager die verlenging schriftelijk aanvraagt voordat de oorspronkelijke termijn van zes maanden verstreken is."

**Art. 7.** - In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 26 november 2020, wordt een artikel 67.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 67.1 - *Overgangsbepaling*

Voor zover de opleidingsmaatregel vermeld in artikel 2, 4°, ten vroegste op 30 juni 2021 eindigt, is artikel 2 ook van toepassing op personen die vóór 1 januari 2019 overeenkomstig artikel 67 van het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid voldoen aan de daarin vermelde voorwaarden, alsook op personen die tussen 1 januari 2019 en 30 juni 2021 voldoen aan de daarin vermelde voorwaarden.

Voor de toepassing van het eerste lid en in afwijking van de artikelen 12 en 13 van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid moeten de personen vermeld in het eerste lid het attest in hun bezit hebben op de dag dat ze bij dezelfde werkgever in dienst worden genomen en ten laatste op 1 november 2021."

**Art. 8.** - In artikel 2.2 van het besluit van de Regering van 22 november 2018 tot vaststelling van de basisdotatie en de bijkomende dotaties in het kader van de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, ingevoegd bij het besluit van 26 november 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "30 juni 2021" vervangen door de woorden "31 december 2021";

2° in het tweede lid worden de woorden "1 juli 2021" vervangen door de woorden "1 januari 2022".

**Art. 9.** - Artikel 1 van het besluit van de Regering van 1 oktober 2020 tot verlenging van de periode vermeld in artikel 43.5 van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF Plus-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid wordt vervangen als volgt:

"Artikel 1 - De periode vermeld in artikel 43.5, eerste lid, van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF Plus-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, waarin de opleidingsmaatregel eindigt, wordt verlengd en eindigt op 30 november 2021."

**Art. 10.** - Overeenkomstig artikel 43.7 van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid wordt dit besluit, onmiddellijk na de aanneming ervan, overgezonden aan de voorzitter van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

**Art. 11.** - Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen, met uitzondering van:

1° de artikelen 6 en 7, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2019;

2° artikel 9, dat uitwerking heeft met ingang van 19 april 2021.

**Art. 12.** - De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 20 mei 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

I. WEYKMANS